

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/88

9. Mai 1977

Sozialismus ist zu Ende gedachte Demokratie

Flamme des demokratischen Sozialismus weitertragen

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB

Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Seite 1 und 2 / 76 Zeilen

Bewährungsprobe bestanden

Ein Jahr Rahmenvereinbarung Bremen-Danzig

Von Hans Koschnick

Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien
Hansestadt Bremen

Seite 3 und 4 / 45 Zeilen

Schluß mit der Singvögel-Jagd

Maßnahmen zur Erhaltung der Vogelarten auf EG-Ebene geplant

Von Rudolf Müller (Schweinfurt) MdB

Obmann der SPD-Bundestagafraktion im Agrarausschuß

Seite 5 / 41 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Herausgeber 2-18, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 40
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 99 28/29
Telefax: 08 99 649-45 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 3766 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Sozialismus ist zu Ende gedachte Demokratie

Flamme des demokratischen Sozialismus weitertragen

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB

Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In der Geburtsstadt von Karl Marx haben wir uns letzte Woche gefragt, welche Bedeutung dem Marxschen Erbe in der Tradition der Arbeiterbewegung für das Thema "Freiheit und Sozialismus" zukommt. Wir haben uns der Frage in dem Bewußtsein genähert, daß Tradition zu hüten nicht heißt, Asche zu bewahren, sondern die Flamme des demokratischen Sozialismus weiterzutragen. Flamme des demokratischen Sozialismus ist die Überzeugung, daß die Freiheit aller die Bedingung für die Freiheit jedes Einzelnen ist. Wir sind daher leidenschaftliche Gegner jener totalitären Fehlentwicklungen, die sich auf Karl Marx berufen zu können glauben. Uns scheint es auch kein Zufall zu sein, daß Karl Marx sich gerade in Adressen an die Vorgängerin der Sozialistischen Internationale - 1864 und 1872 - expressis verbis zu einem demokratisch-reformistischen Weg zum Sozialismus bekennt hat.

Wir verfolgen mit Skepsis wie mit Interesse, daß heute innerhalb der westeuropäischen kommunistischen Parteien Strömungen Boden gewinnen, die sich von der totalitären Auslegung des Marxschen Erbes lossagen, die sich freimachen von dem Irrtum der marxistisch-leninistischen Bewegungen, es gäbe Gleichberechtigung ohne Freiheit und man könne Solidarität erzwingen. Für Sozialdemokraten ist hier aufgrund langer geschichtlicher Erfahrungen mit den kommunistischen Parteien Vorsicht geboten. Andererseits würde es - wie Willy Brandt gesagt hat - von Gewicht sein, wenn der demokratische Sozialismus und die europäische Demokratie in den kommenden Jahren aus diesem Lager Zuzug erhalten sollten.

Einer der Punkte, um die es dabei geht, ist das Verhältnis zum liberalen Erbe, das im demokratischen Sozialismus im Marxschen Sinne "aufgehoben" werden muß: der demokratische Sozialismus will die Freiheits- und Staatsbürgerrechte des bürgerlichen Liberalismus bewahren, indem er sie ins Wirtschaftliche und Soziale ausdehnt, sie durch eine demokratische Gestal-

tung der Gesellschaft sozial verankert. Die deutschen Sozialdemokraten haben das in ihrem "Orientierungsrahmen 1985" so formuliert: "Freiheit bedeutet das Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten und die Möglichkeit, die eigene Persönlichkeit in den Grenzen, die durch die Forderungen der Gerechtigkeit und der Solidarität gezogen werden, frei zu entfalten. Freiheit ist jedoch nur dann gesellschaftliche Wirklichkeit und nicht bloß Illusion und Vorrecht für wenige, wenn alle Menschen die tatsächliche (wirtschaftliche, politische, soziale, kulturelle) Möglichkeit der freien Entfaltung besitzen".

Freiheit ist kein Naturereignis. Sie hat viele gesellschaftliche Voraussetzungen. Die Spannung zwischen Gesellschaft und Einzelnen ist im Prinzip unaufhebbar. Der demokratische Sozialismus will die Gesellschaft so gestalten, daß die Freiheit des einzelnen und die Freiheit aller sich gegenseitig nicht nur bedingen, sondern auch stützen. Wo das Dichterwort wahr ist: "Im Mittelpunkt steht immer der Mensch, aber nie der Einzelne", ist der Sozialismus nicht verwirklicht.

In der Frankfurter Erklärung der Sozialistischen Internationale von 195 heißt es: "Es gibt keinen Sozialismus ohne Freiheit. Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden." Sozialismus ist für uns zu Ende gedachte Demokratie. Der Versuch der Rechtskräfte in Europa, den freiheitlichen Sozialismus mit dem Slogan "Freiheit oder Sozialismus" zu denunzieren, ist Ausdruck eines Rechtsrucks im konservativen Lager, eines erneuten Abrutschens in die Reaktion. Im Interesse der europäischen Demokratie müssen die demokratischen Sozialisten - aber auch die Liberalen und die progressiven christdemokratischen Kräfte diesen reaktionären Strömungen hart und kompromißlos entgegentreten.

Der demokratische Sozialismus in Europa kann und will keine einförmige Bewegung sein. Nationale und historische Besonderheiten führen dazu, daß eine breite Palette unterschiedlicher Ausformungen des demokratischen Sozialismus existiert und wirkt. Dessen ungeachtet bildet der demokratische Sozialismus in Europa eine große politische Kraft, die die gemeinsame europäische Entwicklung maßgeblich beeinflußt und weiter beeinflussen wird.

Der demokratische Sozialismus Europas ist kein Exportmodell für die dritte und vierte Welt. Seine Grundwerte - Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - werden aber auch die Grundwerte sozialer und demokratischer Lösungen in jenen Ländern sein. Die Parteien der Sozialistischen Internationale wollen daher den Dialog mit ihnen verwandten Kräften überall in der Welt ausbauen und ihre Erfahrungen in diesen Dialog einbringen.

Der demokratische Sozialismus bekennt sich seit seiner Geburtsstunde zur internationalen Solidarität der Völker und Menschen. Zu dieser Solidarität gehört für ihn das weltweite Eintreten für Menschenrechte, wo immer sie bedroht sind. Der demokratische Sozialismus ist seit seinem Entstehen ebenso entschieden für eine Politik der aktiven Friedenssicherung eingetreten. Er weiß, daß mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nur im Frieden erkämpft werden können. Er tritt daher heute mit Nachdruck für eine Fortsetzung der Politik der Sicherheit und Entspannung ein. Nur in diesem Rahmen kann auch die Hoffnung der Menschen in den osteuropäischen Ländern auf eine größere Respektierung ihrer Menschenrechte schrittweise verwirklicht werden.

(-/9.5.1977/kr/je/ben)

Bewährungsprobe bestanden

Ein Jahr Rahmenvereinbarung Bremen-Danzig

Von Hans Koachnick

Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

In diesen Wochen hat sich der Tag geñhrt, an dem die Rahmenvereinbarung zwischen Bremen und Gdansk im historischen Danziger Rathaus unterzeichnet worden ist. Damals haben mein polnischer Kollege Kaznowski und ich viele freundliche Worte über die geplante Zusammenarbeit gefunden. Wir haben die Erwartung ausgesprochen, mit unseren Mitteln und Möglichkeiten einen Beitrag zu leisten zur menschlichen Begegnung zwischen unseren Völkern und damit zum Prozeß der Entspannung und der Verständigung.

Nun, inzwischen ist der nüchterne Alltag eingelehrt. Heute werden wir - und zwar auf beiden Seiten - nicht mehr gefragt nach liebenswürdigen Absichtserklärungen, und seien sie noch so ehrlich und aufrichtig gemeint, heute werden wir gefragt, wie weit wir denn vorgekommen sind in diesem einen Jahr auf dem Weg der Zusammenarbeit und der Verständigung. Und oben-drein ist dieses erste Jahr - wenigstens aus meiner Sicht - auch ein Prüfstein gewesen für die Möglichkeiten weiterer Fortschritte.

Beim Bilanzieren will ich die Schwierigkeiten, die sich bei der konkreten Ausfüllung der Rahmenvereinbarung ergeben haben, gar nicht verkleinern. Es hat Probleme gegeben, Probleme finanzieller, sprachlicher und auch solche rein organisatorischer Art, und es gibt sie noch, aber - und dies macht die Bilanz meines Erachtens so eindeutig positiv - es hat niemals Probleme gegeben, die uns am gemeinsamen festen Willen, Schritt für Schritt aufeinander zuzugehen, hätten zweifeln lassen können.

Im Gegenteil: Auf beiden Seiten ist geduldig nach Lösungsmöglichkeiten gesucht worden. Die Ergebnisse dieses beiderseitigen Bemühens bleiben zwar

hinter manchem rosaroten Optimismus zurück, aber sie können sich sehen lassen: Ein Sportaustausch-Programm ist bereits angelaufen, die wissenschaftlichen Hochschulen haben sieben Kooperationsverhandlungen abgeschlossen, die Parlamentarier aus Bremen und Gdansk haben weitere Begegnungen vereinbart, Theater und Orchester entwickeln neue Modelle der Zusammenarbeit, der Lehreraustausch kommt in Gang, Radio Bremen und Studio Gdansk haben die gegenseitige Information verstärkt, ein Gespräch über den Journalistenaustausch ist terminiert, der Reiseverkehr hat neue Impulse empfangen.

Es ist eine lange Liste von Vereinbarungen, die sich da aufstellen und aufzählen ließe. Aber sie hätte, für sich genommen, nur mindere Bedeutung, wenn sie nicht spürbar und sichtbar auch Ausdruck wäre eines wachsenden Vertrauens untereinander. Die "Rahmenvereinbarung" hat mittlerweile hunderte von Menschen aus beiden Städten miteinander in Verbindung gebracht. Sie haben diskutiert, sie haben sich informiert, sie haben sich kennengelernt.

Und dies ist deswegen der wichtigste Aktivposten in der Bilanz nach diesem ersten Jahr: Die Rahmenvereinbarung hat Menschen, die sich zuvor nicht kannten, Menschen aus zwei Völkern, zwischen denen leidvolle und bittere Erfahrung steht, die Gelegenheit gegeben, zu Freunden zu werden, Freundschaft zu schließen. Wenn nichts weiter geschehen wäre, die "Rahmenvereinbarung" hätte ihre Bewährungsprobe bestanden. (-/9.5.1977/ka/ja)

+ + +

Schluß mit der Singvögel-Jagd

Maßnahmen zur Erhaltung der Vogelarten auf EG-Ebene geplant

Von Rudolf Müller (Schweinfurt) MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Agrarausschuß

Das Jagen und Fangen von Singvögeln, das in Italien als eine Art Volkssport betrieben wird, empört seit Jahren die Tierfreunde und Umweltschützer in vielen Ländern, ohne daß es bisher gelungen wäre, durch irgendwelche Aktionen die Italiener von ihrem Treiben abzubringen. Die im bisherigen Umfang betriebene Jagd brachte nicht nur für Millionen Vögel einen oft brutalen Tod sondern führte - wie wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen haben - auch zu einem solchen Rückgang der Bestände, daß langfristig mit einer erheblichen Störung des biologischen Gleichgewichts in ganz Europa zu rechnen ist.

Um dieser drohenden Gefahr wirksam begegnen zu können, hat der Rat der Europäischen Gemeinschaft nun den "Vorschlag einer Richtlinie über die Erhaltung der Vogelarten" vorgelegt. Diese Richtlinie ist maßgeblich auf die Initiativen der Bundesregierung zurückzuführen, die, durch eine Vielzahl von mündlichen Anfragen von SPD-Abgeordneten ständig zum Tätigwerden aufgefordert, in Maßnahmen auf europäischer Ebene die einzige Möglichkeit sah, die italienischen Verhältnisse zu verändern. Eine direkte Einflußnahme auf die innerstaatlichen Angelegenheiten eines anderen Landes ist der Bundesregierung - auch wenn viele Naturschützer dies immer wieder gefordert haben - nicht möglich. Genauso wenig erschienen andere Druckmittel wie z.B. ein offizieller Einfuhrstopp für italienische Waren als probates Mittel, das italienische Parlament auf dem Gebiet des Vogelschutzes zu beeinflussen. Mit der EG-Richtlinie, die dem Agrarausschuß in nächster Zeit zur Beratung vorliegen wird, könnten die mit dem Vogelschutz verbundenen Probleme jetzt endlich aus der Welt geräumt werden. Die Richtlinie sieht Schutzregelungen für grundsätzlich alle Vogelarten vor, die drei Bereiche betreffen: Die Lebensräume der Vögel, den Fang und die Vernichtung der Vögel sowie den Handel mit Vögeln.

So ist mit Ausnahme von einigen ausdrücklich aufgeführten jagdbaren Federwildarten und einigen Arten, die Schäden verursachen können und für die Ausnahmen von den allgemeinen Schutzregeln von den Mitgliedstaaten getroffen werden können, bei allen Vögeln der Fang und die Vernichtung durch jede Methode sowie das Sammeln der Gelege und die Zerstörung der Nester untersagt. Ebenso wie diese Vorschrift müßte auch die Regelung, daß der Handel nur noch bei bestimmten Federwildarten zulässig sein soll, alle Tiereschützer, die nicht von fanatischer Tierliebe verblendet sind, zufrieden stellen.

Abzuwarten bleibt nun nur noch, ob die Richtlinie mit dem vorgeschlagenen Inhalt vom Ministerrat angenommen wird. Dies hätte zur Folge, daß die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, also auch Italien, verpflichtet wären, den Inhalt der Richtlinie in nationales Recht zu transformieren, wollten sie sich nicht einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof aussetzen.

(-/9.5.1977/ka/ben)